

## Wahlprüfsteine zur Europawahl 2019

Zur Europawahl am 26. Mai 2019 hat das Bundesforum Männer bei CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Linken nachgefragt, was jeweils deren Vorstellungen zur Gleichstellungspolitik sind und welche Rolle Jungen, Männer und Väter darin spielen. Untenstehend finden sich die Antworten, nach Fragen und Parteien geordnet. Die Antworten der Partei „Die Linke“ liegen noch nicht vor und werden ggf. ergänzt.

### 1. Was macht eine zeitgemäße Gleichstellungspolitik auf europäischer Ebene aus?

<p><b>CDU/CSU</b></p>	<p>Die uneingeschränkte und gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern am öffentlichen Leben – insbesondere am Erwerbsleben – ist ein wesentliches Ziel europäischer Politik. Der Gleichstellungspolitik von CDU und CSU liegt der Ansatz zugrunde, dass wir in einer freien Gesellschaft leben, in der sich jeder Mensch unabhängig von Geschlecht, Ethnie und anderen Merkmalen frei entfalten und entwickeln können soll. Dank des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) wurden vier EU-Richtlinien umgesetzt, mit denen Diskriminierungen erfolgreich beseitigt werden sollen.</p> <p>Das Ziel von CDU und CSU ist weiterhin eine diskriminierungsfreie Gesellschaft und vollständige Gleichstellung von Frauen und Männern. Um die Gleichstellung weiter voranzubringen, soll u. a. die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtert und verbessert werden. Auch soll die vollständige Gleichstellung in Führungspositionen im öffentlichen Dienst entschlossen vorangebracht und bis spätestens 2025 abschließend erreicht werden. Darüber hinaus setzen wir verstärkt auf Bündnisse mit und in der Wirtschaft und Zivilgesellschaft.</p> <p>Deutschland setzt sich sowohl in den relevanten Gremien des Rates als auch in allen sonstigen für die Gleichstellungspolitik wichtigen Expertengruppen und Ausschüssen auf EU-Ebene für die Gleichstellung ein, so zum Beispiel im Beratenden Ausschuss für die Chancengleichheit von Frauen und Männern der EU-Kommission.</p>
<p><b>SPD</b></p>	<p>Unsere zeitgemäße Gleichstellungspolitik setzt sich für den Kampf gegen Gewalt, Diskriminierung, Sexismus und Stereotype ein. Dabei verfolgen wir das Ziel, dass jede/r selbst über ihren/seinen Lebensweg entscheiden kann. Gleichstellung muss als Grundwert der EU wieder eine Priorität auf ihrer Agenda sein, um sich so konservativen und rechtspopulistischen Tendenzen entgegenzustellen und diese zu stoppen, bevor sie bereits Erreichtes wieder in Frage stellen können. Wo Frauenrechte und Gleichstellung bedroht sind, ist unsere Demokratie in Gefahr. Unser Ziel ist eine vollständige Gleichstellung in allen Bereichen, denn die Zukunft gehört allen Geschlechtern gleichermaßen.</p>

<b>Bündnis 90 / Die Grünen</b>	<p>Zentral für eine zeitgemäße Gleichstellungspolitik ist, dass wir alle Bereiche gleichberechtigt denken – sowohl Fragen nach gleicher Bezahlung und Partizipationsmöglichkeiten als auch Gleichberechtigung in spezifischen Bereichen wie der Kinderbetreuung: Care Work von Kindern soll und kann von allen Elternteilen gemacht werden. Dafür brauchen wir die entsprechenden rechtlichen Rahmenbedingungen. Ein sehr gutes Beispiel wäre hier sicherlich die vom Europäischen Parlament verabschiedete Work Life Balance Richtlinie. Die Richtlinie schreibt Mindeststandards fest: z.B. 10 Tage Vaterschaftsurlaub (wobei Deutschland für sich eine Ausnahmeregelung erwirkt hat und dies hier nicht gilt) und zwei Monate nicht übertragbare Elternzeit. Wir bedauern es hierbei ausdrücklich, dass Arbeitgeber*innenverbände und die Bundesregierung sich explizit gegen eine Festschreibung zur Bezahlung während der Elternzeit ausgesprochen haben.</p>
<b>FDP</b>	<p>Wir Freie Demokraten setzen uns für starke Bürgerrechte ein, auf die sich jede Bürgerin und jeder Bürger der Europäischen Union, egal in welchem Mitgliedstaat, verlassen kann und die in einer zukünftigen Europäischen Verfassung an exponierter Stelle garantiert werden sollen. Die EU ist gegründet auf gemeinsamen Werten und Freiheitsrechten. Auch wenn die Charta der Grundrechte der EU und die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) diese Rechte garantieren, müssen sie täglich wieder verteidigt werden.</p> <p>Die Gleichberechtigung der Geschlechter in Europa ist uns ein wichtiges Anliegen. Bestehende Nachteile, etwa innerhalb der europäischen Institutionen, müssen durch das Handeln und durch die Rechtssetzung der EU beseitigt werden. Gegenüber den Mitgliedstaaten muss die EU sich konsequent für den Abbau von mittelbaren Diskriminierungen einsetzen, von denen Frauen besonders betroffen sind, die aber auch Männer betreffen können. Um die Ausgangslage auch in Zukunft zu dokumentieren und die Entwicklungen besser überwachen zu können, soll neben der Fortführung zudem die thematische Erweiterung des jährlichen Berichts der EU-Kommission zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Europäischen Union (EU) beschlossen werden.</p> <p>Grundrechte stehen nicht zur beliebigen Disposition von Mehrheiten, auch nicht von demokratisch gewählten Mehrheiten. Ein Angriff auf die Minderheiten ist immer ein Angriff auf die ganze Gesellschaft. Die Europäische Union darf es deshalb nicht zulassen, wenn Mitgliedstaaten auf nationaler Ebene Rechte von Minderheiten in ihrem Kern beschneiden oder aushöhlen. Wir Freie Demokraten wollen den Rechtsstaatsmechanismus weiter stärken. Die Institutionen der EU müssen ihre Kontroll- und Schutzmechanismen hinsichtlich der Achtung der Menschenrechte, insbesondere der Rechte von LSBTI, ausüben, um einen umfassenden und flächendeckenden Schutz zu gewährleisten.</p>

## 2. Welche Rolle sollten Jungen, Männer und Väter in der Gleichstellungspolitik spielen?

<b>CDU/CSU</b>	Die Gleichstellungspolitik in Deutschland hat sich in den vergangenen 25 Jahren weiterentwickelt – von der Frauenpolitik über die Politik der Geschlechtergerechtigkeit hin zur Politik der gerechten Chancen für Frauen und Männer im Lebensverlauf. CDU und CSU messen der Gleichstellung von Frauen und Männern eine wichtige Bedeutung für den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft bei. Dabei halten wir es für bedeutsam, dass eine Gleichstellungspolitik verwirklicht wird, die Jungen und Männer ausdrücklich einbezieht. Wir wollen die Rahmenbedingungen für eine Gleichstellung gestalten, die Frauen und Männern ein eigenständiges Leben nach ihren Wünschen und Bedürfnissen ermöglicht. In der Gleichstellungspolitik soll der Blick verstärkt auch auf Jungen, Männer und Väter gerichtet werden, die sich eine partnerschaftlichere Aufteilung von Erwerbs-, Erziehungs- und Betreuungsaufgaben wünschen.
<b>SPD</b>	Wir stehen für eine Politik, die zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger, alle Geschlechter im Blick hat und die Auswirkungen verschiedener Maßnahmen und Politiken auf beide Geschlechter antizipiert und analysiert. Deshalb spielen Jungen, Männer und Väter auch in unserer Idee von Gleichstellungspolitik eine wichtige Rolle: als Partner auf Augenhöhe, als aktive Väter und als Mitgestalter einer gleichgestellteren Gesellschaft. Alle Menschen sollen <i>equal carer</i> und <i>equal earner</i> sein können.
<b>Bündnis 90 / Die Grünen</b>	<p>Mit dem Grünen Männermanifest "nicht länger Machos sein müssen" haben wir als Bündnisgrüne klar formuliert, dass unsere Gesellschaft noch immer von einem tief sitzenden Geist der geschlechtlichen Polarität durchflutet ist, der Frauen auf Weiblichkeit und Männer auf Männlichkeit reduziert. Man wird nicht als Mann geboren, man wird dazu gemacht. Das Diktum des sozialen Geschlechtes, des Rollenzwangs und der festgelegten Verhaltensmuster gilt nämlich ebenso für Männer. Weil diese davon aber materiell und sozial immer profitiert haben, wurde erst in jüngerer Zeit zum Thema, dass Geschlechterrollen auch für Männer ein Korsett sind, das ihnen mehr schadet als nützt.</p> <p>Die Wiege der Gleichberechtigung ist wie so oft die Bildung und Erziehung. Hier fallen die Würfel. Viel ist in den letzten Jahren von der Bildungsmisere der Jungen geschrieben und gesprochen worden und vieles ist richtig. Jungen fallen viel häufiger als „Verlierer“ aus dem Bildungssystem: Sie brechen die Schule öfter ab, erreichen schlechtere Leistungen und Abschlüsse, sind häufiger schulmüde als Mädchen. Deshalb braucht es eine emanzipatorische Erziehung und eine individuelle Förderung, die die Stärken aller gleichermaßen wertschätzt und fördert.</p> <p>Gerade auch in der Erziehung wollen wir mehr Gleichberechtigung schaffen: Die Aufteilung der Elternzeit muss paritätisch sein. Dies würde nicht nur Männern mehr Verantwortung abverlangen, sondern auch Unternehmen und Arbeitgeber*innen zum Umdenken zwingen. Zwei Monate ist ein*e Arbeitnehmer*in für ihre*n Arbeitgeber*in zu entbehren, sechs Monate oder länger jedoch verlangen neue Zeit- und Jobmodelle, die wir dringend brauchen – hin auf dem Weg zu echter Gleichberechtigung.</p>

<b>FDP</b>	<p>Das Erreichen einer gleichberechtigten Gesellschaft kann nur gelingen, wenn Männer und Frauen, Jungen und Mädchen sowie Väter und Mütter nicht gegeneinander, sondern miteinander arbeiten. Wir wollen verschiedene Geschlechter nicht gegeneinander ausspielen. Auch geht es nicht darum, Unterschiede zwischen Männern und Frauen sowie zwischen den Menschen aufzuheben. Diese Vielfalt bereichert uns.</p> <p>Wir Freie Demokraten wollen, dass jede und jeder erreichen kann, was er oder sie will. Oftmals engen Rollenbilder junge Mädchen und Jungen ein, so dass sie nicht ihr volles Potenzial entfalten und in ihrer Selbstbestimmung eingeschränkt werden können. Hier wollen wir Menschen frei machen von gesellschaftlichen Hindernissen und Zwängen. Dabei geht es uns um echte Wahlfreiheiten von Lebensentwürfen für jede einzelne Frau und jeden einzelnen Mann nach ihren oder seinen eigenen Wünschen.</p>

### 3. Was sind die wichtigsten Baustellen beim Thema „Geschlechtergerechtigkeit“ für Frauen und Männer, die auf europäischer Ebene angegangen werden müssen und können?

<b>CDU/CSU</b>	<p>CDU und CSU setzen sich dafür ein, den mit der EU-Vereinbarkeitsrichtlinie eingeschlagenen Weg entschlossen voranzugehen. In Deutschland wurde mit Elternzeit, Elterngeld und ElterngeldPlus sowie Partnerschaftsbonus ein wichtiges Angebot für Frauen und Männer gemacht, Sorge- und Erwerbsarbeit partnerschaftlich unter sich aufzuteilen. Der steigende Anteil von Männern, die Elterngeld bzw. ElterngeldPlus beziehen, zeigt, dass dieser erfolgversprechende Weg weiterentwickelt werden sollte.</p>
<b>SPD</b>	<p>Wir wollen auf europäischer Ebene einen Beitrag dazu leisten, die strukturelle Gewalt gegen Frauen zu beenden. Dies ist die Basis, die es zu erreichen gilt, um in einem ganzheitlichen Ansatz für die tatsächliche Gleichstellung aller Geschlechter zu arbeiten. Dazu gehören unter anderem die Beseitigung der Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt (siehe beispielsweise gender pay und gender pension gap) sowie auch die Beseitigung der Diskriminierung in den Bereichen Sozialschutz, Bildung sowie Zugang zu und Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen. Des Weiteren wollen wir die paritätische Besetzung gerade in Entscheidungspositionen erreichen, damit die dort getroffenen Entscheidungen alle Menschen in ihrer Vielfalt im Blick haben können. Diese Maßnahmen müssen durch eine kritische Hinterfragung von Stereotypen und Rollenbildern und ihre Auswirkungen auf Mädchen und Jungen sowie Männer und Frauen begleitet werden. Nur wenn wir hier einen tatsächlichen Mentalitätswechsel erreichen, werden alle Menschen in unserer Gesellschaft das Leben leben können, das sie sich wünschen.</p>
<b>Bündnis 90 / Die Grünen</b>	<p>Aus unserer Sicht sehen wir die entscheidenden Baustellen beim Thema Geschlechtergerechtigkeit für Frauen und Männer auf europäischer Ebene zuallererst bei einer umfassenden und breiten Ratifizierung der Istanbul Konvention durch die EU sowie bei einer Schaffung einer Richtlinie zu Gewalt gegen Frauen – hier auch und insbesondere im Bereich der Vorbeugung. Dies beinhaltet vor allem auch eine entsprechende Männerpolitik. Die EU sollte bestehende Förderprogramme für Hilfs- und Beratungsangebote aufstocken, damit etwa Hilfsstrukturen ausreichend finanziert sind.</p>

	<p>Weiterhin gilt es, endlich die Richtlinie über Frauen in Aufsichtsräten zu verabschieden, die bereits seit 2013 im Europäischen Rat festhängt. Wir treten für eine Frauenquote in Aufsichtsräten und Vorständen ein, die den Frauenanteil in Macht- und Führungspositionen so lange erhöht, bis Parität erreicht ist und wollen gleichzeitig auch dafür sorgen, dass die Führungsgremien der EU-Institutionen verpflichtend paritätisch besetzt werden. Zusätzlich fordern wir eine europaweite Transparenzrichtlinie, die Kriterien für die Vergleichbarkeit von Tätigkeiten festlegt und Transparenz über Löhne und Gehälter für alle schafft. Das Thema Sharing Power ist dabei immer auch Teil einer entsprechend progressiven Männerpolitik.</p> <p>Ganz grundsätzlich gilt: In einem Europa der Gleichberechtigung sollen Frauen und Männer zu gleichen Teilen von politischem Handeln erreicht werden. Deswegen wollen wir Gender Mainstreaming konsequent umsetzen. Das bedeutet, alle politischen Maßnahmen werden auf ihre Auswirkungen auf die Gleichstellung der Geschlechter überprüft. Außerdem müssen Frauen gleichermaßen von europäischen Geldern profitieren. Damit das sichergestellt wird, braucht es einen „Gleichberechtigungs-Check“ des jährlichen EU-Haushalts, also ein Gender-Budgeting.</p>
<p><b>FDP</b></p>	<p>Der Schlüssel für eine erfolgreiche Gleichberechtigung liegt für uns in der Bildung. Jungen und Mädchen müssen ermutigt werden, alle Chancen zu ergreifen. Viel zu häufig prägen veraltete Rollenbilder die Vorstellung von Kindern schon sehr früh. Hier muss auch die europäische Bildungspolitik ansetzen und mittels des europäischen Austauschs einen Beitrag zur Selbstständigkeit und Selbstentfaltung leisten. Deshalb fordern wir einen europäischen Austausch für alle Schülerinnen und Schüler, unabhängig vom elterlichen Einkommen, zu ermöglichen.</p> <p>Darüber hinaus wollen wir die Chancen vergrößern, passgenaue Arbeitszeitmodelle für Frauen und Männer möglich zu machen. So können wir auch einen wichtigen Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf unabhängig vom Geschlecht leisten. Daher begrüßen wir die Spielräume, die die EU-Arbeitszeitrichtlinie den Mitgliedstaaten einräumt. Wir wollen das deutsche Arbeitszeitgesetz dahingehend modernisieren, diese Spielräume auch zu nutzen. Hierzu gehört vor allem eine Umstellung von der Tages- auf eine Wochenarbeitszeit sowie die flexiblere Handhabung von Ruhezeiten.</p> <p>Europaweit soll zudem das unternehmerische Konzept des ganzheitlichen Diversity Managements in der Arbeitswelt umgesetzt werden, um eine Kultur der Wertschätzung und des Respekts vor der Unterschiedlichkeit der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zu schaffen. Dialoge zwischen Unternehmen, Verbänden und Gewerkschaften über Best Practices sollen dabei helfen, in Unternehmen und auch im öffentlichen Dienst der EU diesen Ansatz als Teil einer ökonomischen Modernisierungsstrategie zu verankern.</p> <p>Ferner fordern wir, dass Ehepartner und eingetragene Lebenspartner von EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern überall in der EU als Ehegatten anerkannt werden.</p>